

Jörn Koppmann · Frankfurt am Main

# „Europa gehört in jedes Schulhaus“

Deutsche EU-Präsidentschaft kann Europaschulen vorzeigen – zum Beispiel in Hessen

Nächstes Jahr, im ersten Halbjahr 2007, übernimmt Deutschland die Präsidentschaft in der Europäischen Union. Auf allen Politik-Feldern wird die europäische Dimension in den Mittelpunkt rücken – auch in der Bildungspolitik. Für den Bereich der schulischen Bildung hat sich mit dem Bundesnetzwerk Europaschule e.V. kurz nach der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 ein Lobby für Europa in der Schule gegründet. Diese Lobby fordert in ihrer „Frankfurter Erklärung“, Kindern und Jugendlichen „ihre Chancen als europäische Bürger“ aufzuzeigen, um das „Friedensprojekt Europa“ zu bestärken.

Ende 2005 verpflichtete sich das Bundesnetzwerk Europaschule e.V. zu den in zehn Punkten genannten Zielen der „Frankfurter Erklärung“ (siehe Kasten). Etwa 150 Vertreterinnen und Vertreter von Europaschulen aus ganz Deutschland trafen sich auf Einladung des Hessischen Kultusministeriums an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, um über Sprachkonzepte, Schüler- und Lehreraustausch, Schulpartnerschaften, Methoden und Unterrichtsstoffe, Politische Bildung und Europaschulkonzepte zu sprechen. Hessens Kultusministerin Karin Wolff, Schirmherrin der Tagung, bestärkte die Schulen auf ihrem Weg und wünschte, dass sie andere Schulen mit ihren Visionen und ihrem Engagement „anstecken“ mögen. Die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder *Gesine Schwan* ermutigte zu weiteren Anstrengungen im Bereich des interkulturellen Lernens und stellte eine engere Partnerschaft zwischen den Europaschulen und der Europa-Universität in Aussicht.

## Frankfurter Erklärung

In ihrem Abschlusspapier verpflichten sich die Europaschulen, nach Kräften mit den eigenen pädagogischen Mitteln für das weitere Wachsen der Gemeinsamkeit in Europa einzutreten. Das vorläufige Scheitern des Verfassungsentwurfs der Europäischen Union dürfe keine alten nationalen Egoismen aufstehen lassen. „In diesem Prozess haben Bildung und Erziehung in der Schule einen hohen Wert“, so die Europaschulen.

Sie erklären Austauschprojekte, verstärktes Sprachenlernen, methodische Vielseitigkeit und Hervorhebung der Europäischen Dimension von Unterrichtsthemen zu ihren Schwerpunkten. Sie möchten Jugendliche auf die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts und die steigende Bedeutung der EU für die Bürger der Mitgliedsstaaten vorbereiten und bekennen sich zu effektivem Schulmanagement sowie kontinuierlicher Evaluation der eigenen Qualität.

Gemeinsame länderübergreifende Standards sollen helfen, den Titel Europaschule zu einem Gütesiegel machen.

Zugleich appellieren die bisher in dem Netzwerk vertretenen neun Bundesländer an alle übrigen, an diesem Vorhaben teilzunehmen. Carola Lakotta-Just, Vorsitzende des Bundesnetzwerks Europaschule e.V., hofft bei dieser Initiative auch auf Unterstützung der Kultusministerkonferenz: „Europa gehört in jedes Schulhaus. Europaschulen sind dabei die Wegbereiter.“

## Hessische Europaschulen

Zu den Erfahrensten im Kreis des 2004 gegründeten Bundesnetzwerks zählen die 31 Hessischen Europaschulen. Das dortige Schulentwicklungsprogramm wurde bereits 1992 aufgelegt.

Erst 2004 wurde die Europäische Union mit einem Schlag um zehn Mitgliedsstaaten größer: 75 Millionen Menschen mehr, die sich zur Demokratie bekennen, die Traditionen und Historie in die Wertegemeinschaft einbringen, 75 Millionen mehr, die in der Marktwirtschaft des EU-Binnenmarktes nach Wohlstand und Glück streben. Keine Frage: Für junge Menschen bedeutete die vergangene Erweiterung – ebenso wie alle, die noch kommen werden – auch mehr Konkurrenz. Die heutigen Schülerinnen und Schüler werden in der Wirtschaftsunion mit Gleichaltrigen aus allen EU-Staaten in den Wettbewerb treten. Es geht um Ausbildungs-, Studien- und schließlich Arbeitsplätze.

Der Besuch einer Europaschule soll für die Schülerinnen und Schüler einen deutlichen Vorsprung in diesem Wettlauf um eine erfolgreiche Zukunft darstellen. Wer als Mitglied einer European Class der Kopernikusschule in Freigericht mit Belgien, Dänen, Polen

und Ungarn eine EU-Ministerratssitzung simuliert hat, wer als angehender Techniker an den Beruflichen Schulen Bad Hersfeld im Team mit schottischen Schülern des Glenrothes College ein Multimedia-Programm erstellt und by the way in Englisch die European Computer Driving License erworben hat, wer an der Liebigsschule in Frankfurt am Main in der 10. und 12. Klasse Betriebspraktika in London und Grenoble absolviert hat, wer schon als Zweitklässler an der Schloss-Schule Heppenheim die italienische Partnerschule Don Facibeni in Montecatini kennen gelernt hat, dem sollte es leichter als anderen fallen, sich im zusammenwachsenden Europa zu behaupten.

Darüber hinaus können die positiven Erfahrungen einer von europäischer Perspektive und multilateraler Zusammenarbeit geprägten Schulzeit dazu beitragen, irrationalen Ängste vor dem Fremden abzubauen, Ängste vor anderen Kulturen und Nationalitäten, vor internationalen Abhängigkeiten, vor dem EU-Binnenmarkt.

## Die Geschichte des Programms

Der Vertrag von Maastricht, auf den sich die heutige wirtschaftliche Einheit gründet, war seinerzeit Anlass, in Hessen diese Veränderung der Lebenswelt verstärkt zum Gegenstand schulischer Bildung zu machen. 1992 wurde das Schulentwicklungsprogramm „Hessische Europaschulen“ aufgelegt. Inzwischen tragen 31 Schulen aller Schulformen (Grundschulen, IGS, KGS, Gymnasien und Berufliche Schulen) zwischen Viernheim und Hofgeismar, von Dillenburg bis Hofgeismar den Titel „Europaschule“.

Die grundlegenden Strukturen des bis unter dem wissenschaftlichen Begleiter Prof. Dr. *Gordon Bell*, University of Leeds, vor allem als Aktionsforschung konzipierten Schulentwicklungsprogramms wurden beibehalten. Die Schwerpunkte Schulprogrammarbeit, Organisationsentwicklung, Programmcontrolling und Evaluation werden inzwischen von Prof. Dr. *Marlies Krainz-Dürr*, Universität Klagenfurt, wissenschaftlich begleitet.

## Ziele und Inhalte

Die Hessischen Europaschulen haben sich freiwillig um die Aufnahme in das Schulentwicklungsprogramm beworben. Damit verpflichteten sie sich zur verstärkten Nutzung europäischer Programme, thematisch orientierten Austauschprogrammen und Internetprojekten, internationalen Betriebspraktika, dem Ausbau bilingualer Angebote, Sprachintensivkursen, frühem Fremdspracherwerb, vorgezogenen und veränderten Sprachenfolgen, interkulturellen Integrationsprojekten sowie der Beteiligung am Sprachenportfolio und dem Referenzrahmen des Europarats, der Intensivierung des Methodenlernens und der Institutionalisierung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

In den Ausschreibungen zu den Erweiterungsterminen 2000 und 2002 waren diese Themen, zu deren Bearbeitung sich die Schulen verpflichteten, zwei Oberbegriffen zugeordnet:

1. Europäische Dimension / Interkulturelle Integration
2. Methodenlernen und Qualitätssicherung

Meist haben die Schulen zu diesen mit den beiden Oberbegriffen bezeichneten Aufgabenfeldern interne Arbeitsgruppen eingerichtet, in der Lehrerinnen und Lehrer mit Schülerinnen und Schülern und Eltern die Planung der Projekte in diesen Bereichen planen, koordinieren und auswerten.

## Evaluation von Unterricht

Mit Hilfe dieser innerschulischen Strukturen überprüfen die Schulen selbst das Erreichen der gesteckten Ziele. Jahresberichte und Verwendungsnachweise der Schulen werden über die Staatlichen Schulämter beim Hessischen Kultusministerium vorgelegt.

Neben dem Jahresbericht, den Ausgabebelegen und der standardisierten Evaluation aller aus Europaschulmitteln bezuschussten Projekte arbeiten die Schulen jedes Schuljahr eine ausführlichere, sogenannte „Große Evaluation“ aus.

Zurzeit werden so die Unterrichtsvorhaben aus dem „Europäischen Curriculum“ der Hessischen Europaschulen untersucht. Das Curriculum haben die Schulen auf den Ergebnissen eines wissenschaftlichen Symposium zum zehnjährigen Bestehen des Programms erarbeitet. Neben dem „Europäischen Curriculum“, das die Europäische Dimension der vermittelten Inhalte zu fassen versucht, werden – schon im Interesse der Kinder und Jugendlichen – die hessischen Lehrpläne voll erfüllt.

Durch die „Großen Evaluationen“ wird das „Europäische Curriculum“ nun im Laufe mehrerer Schuljahre kritisch überprüft. Nach und nach kommen alle Unterrichtsthemen des „Europäischen Curriculums“ auf den Prüfstand. Von der europäischen Flora und Fauna bis zum Wetter auf dem Kontinent, von den Ursprüngen abendländischer Identität bis zur Migration innerhalb der EU.

So bewerteten die Beruflichen Schulen des Odenwaldkreises kritisch, wie erfolgreich die Beschäftigung der Berufsfachschüler, Fachrichtung Gastronomie, mit internationalen Essgewohnheiten gewesen ist. Die Frankfurter Textorschule überprüfte den Effekt von Patenschaften zur Steigerung der Leselust im Grundschulunterricht.

Hoch gestecktes Ziel ist die Schaffung einer regelrechten Evaluationskultur an den Schulen. Gegenseitiges Hospitieren, Quality Assurance Visits, die Erhebung von Umfragen, der Umgang mit Instrumenten wie so genannten Zielscheiben-, Plus-Minus-Fragezeichen- und SWOTS-Evaluationen sollen selbstverständlicher Alltag werden.

Das Know-how, das Europaschulen mit Hilfe des Schulentwicklungsprogramms erwerben, geben sie weiter. Sie sind Multiplikatorinnen, Ansprechpartnerinnen, Expertinnen. Über ihre Transferleistungen müssen sie im Jahresbericht Rechenschaft ablegen.

## Förderung durch das Land Hessen

Die hessische Lehrerfortbildung und das Hessische Kultusministerium unterstützen die zusätzlichen Leistungen der Kollegien durch themenbezogene Fortbildungsveranstaltungen.

Jede einzelne Schule erhält Deputatstunden für einen Koordinator oder eine Koordinatorin sowie finanzielle Zuschüsse. Vor allem die häufige Teilnahme an Auslandsaufenthalten – Schüleraustausche, Studienfahrten, internationale Betriebspraktika – wird vielen Jugendlichen erst durch diese finanzielle Unterstützung der Projekte möglich.

## Budgetierung und Controlling

Die Gelder verwalten die Schulen in Kooperation mit dem Schulträger oder dem Förderverein. Ein eigens dazu entwickeltes Verfahren der Budgetierung und des Controllings kann Vorbild für mehr Autonomie in der Schule sein.

Das Aufstellen innerschulischer Europaschul-Haushalte mit detaillierter Finanzplanung und –abrechnung, einer systematischen Auswertung der durchgeführten Projekte sowie der Rechen-

schaftslegung gegenüber der Schulaufsicht und dem Ministerium ist zum Schulalltag geworden. In den schulischen Gremien – eigens zu den Themen der Europaschule installierte Planungsgruppen, Schülervertretung, Elternbeirat, Gesamt- und Schulkonferenz – gehören die Genehmigung des Europaschulbudgets und die Besprechung des Jahresberichts ganz selbstverständlich auf die Tagesordnung.

## Steuerung von Schulentwicklung

An der Spitze des Schulentwicklungsprogramms steht die Steuergruppe des Schulentwicklungsprogramms. In ihr sind alle Personengruppen, die aktiv im Programm mitarbeiten, repräsentiert: die wissenschaftliche Begleitung, das Amt für Lehrerbildung, die Staatlichen Schulämter, die Schulleitungen, die Koordinatoren und Koordinatorinnen an den Schulen.

Die Steuergruppe bereitet unter anderem die Grundsatztagungen vor, in denen mindestens einmal jährlich Vereinbarungen zur Weiterarbeit getroffen werden. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind von allen Schulen die Schulleiterinnen und Schulleiter und die Koordinatorinnen und Koordinatoren.

Diese Gruppierungen treffen sich auf Dienstversammlungen auch getrennt voneinander. Außerdem gibt es thematische Fortbildungsveranstaltungen, Treffen der vier Regionalgruppen Nordhessen, Mittelhessen, Rhein-Main-Gebiet und Südhessen sowie schulformbezogene Sitzungen.

## Leitbild

Die Hessischen Europaschulen haben im Jahr 2003 mit dem gemeinsamen „Curriculum für die Europäische Dimension und das interkulturelle Lernen“ auch ein Leitbild vorgelegt. Es führt aus, was den Absolventinnen und Absolventen vermittelt werden soll: eine gestärkte Identität mit Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Kulturen sowie Kompetenz und Selbstbewusstsein für die globalisierte Arbeitswelt. „Die hessischen Europaschulen verstehen sich selbst als demokratische und lernende Institutionen, deren Konzeption auf dem Gedanken der Nachhaltigkeit beruht und die ihre Schülerinnen und Schüler sowie ihre Studierenden zur politischen Mitbestimmung in einer europäischen Demokratie befähigen wollen.“

### Anschrift des Verfassers:

Jörn Koppmann  
Hessisches Kultusministerium  
Referat II.8  
Email: j.koppmann@hkm.hessen.de